

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Stallschreiberstr. 34/35 (Berolin) S - 8 Uhr
Telefon: Amt Wortsplatz 12579

Erscheint zweimal täglich, Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Intercategannahme: Berlin S 14
Stallschreiberstraße 34 35 (Telefon: Wortsplatz 12579)

Der Preis pro Nummer beträgt für Berlin 20 Pfennig, für den Rest Deutschlands 25 Pfennig, für den Auslandsendbereich 35 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Nummern ist ein Nachlass von 10% zu gewähren, bei 50 Nummern von 20%, bei 100 Nummern von 30%. Bei Abnahme von 500 Nummern beträgt der Nachlass 50%, bei 1000 Nummern 60%.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Einzelnummer: 25 Pfennig. Bei Abnahme von 10 Nummern ist ein Nachlass von 10% zu gewähren, bei 50 Nummern von 20%, bei 100 Nummern von 30%. Bei Abnahme von 500 Nummern beträgt der Nachlass 50%, bei 1000 Nummern 60%.

Vor der Verständigung in Paris?

„System der elastischen Jahreszahlungen“
(W.Z.B.) Paris, 28. Januar.

Die Agence Havas berichtet nichtamtlich, daß die Sitzung des Ausschusses für die Wiedergutmachungsfrage, die nach 4 Uhr begonnen hatte, um 1/2 Uhr unterbrochen wurde, um den delegierten Delegierten und den englischen Sachverständigen Gelegenheit zu geben, sich mit Lord George zu besprechen. Um 6 Uhr 55 Min. sind die Delegierten und Sachverständigen wieder am Tisch eingetroffen, und es hat den Anschein, daß sie den Text mitgebracht haben, der namentlich Britain zur Annahme unterbreitet werden soll. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas glaubt, daß eine Verständigung vielleicht noch heute erzielt werden könne. Wie der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas um 8 Uhr 15 Min. französischer Zeit berichtet, ist die Sitzung des Ausschusses für die Reparationsfrage noch nicht beendet. Es wird jedenfalls eine Nachtung stattfinden, um den endgültigen Plan festzusetzen, der morgen vormittag der Vollendung der Konferenz unterbreitet werden soll.

Nach einem nichtoffiziellen Bericht der Havas-Agentur soll die deutsche Bourgeoisie für die nächsten Jahre Jahreszahlungen leisten, für die ein Maximum und ein Minimum festgesetzt werden soll. Das Maximum beträgt 6 Milliarden Goldmark, das Minimum 2 Milliarden. Deutschland werde dadurch die Möglichkeit haben, „je nach seinen Fähigkeiten“ Zahlungen zu leisten. Es handelt sich offenbar um den Plan, der gestern Abend Briand als „ausdehnungsfähige Jahreszahlungen“ bezeichnete. Nach einem anderen französischen Vorschlag beträgt das Maximum nicht nur 6 Milliarden Goldmark, sondern Deutschland soll 42 Jahre lang Jahreszahlungen

leisten, die von 3 Milliarden Goldmark bis zu 7 Milliarden Goldmark aufsteigen. Dieses „elastische“ Anbieten der alljährlich von dem französischen Schatzamt den deutschen Kapitalisten abzumehmenden Summen soll parallel gehen mit dem erwarteten „wachsenden Wohlstand“ (?) und der entsprechenden erhöhten Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Ja, zu diesen „elastischen“ Zahlungen sollen noch Ergänzungsleistungen von wechselnder Höhe hinzukommen, die durch eine Abgabe von 10 bis 15 Proz. von der deutschen Ausfuhr erhoben werden. Um Deutschland zu einer rascheren Regelung seiner Schulden zu veranlassen, soll ihm für Vorauszahlungen bis zu 8 Proz. Diskont bewilligt werden. Der Ausschuss hat berechnet, daß das aufgestellte System 100 bis 150 Milliarden Goldmark erziehen würde, an Stelle der 65 Milliarden Goldmark, die das Wilmonten von Boulogne vorschlägt. Der neue Vorschlag geht also weit über die Beschlüsse von Boulogne hinaus.

Dieser Vertragsentwurf, der als Vermittlung zwischen dem englischen und französischen Standpunkt bezeichnet wird, soll in dem Wiedergutmachungsausschuss von den beiden belgischen Delegierten Jasper und Theunis ausgearbeitet worden sein. „In Konferenzkreisen glaubt man“ — W.Z.B. zufolge — „daß im Laufe der heutigen Konferenzberatung eine Lösung in dem angegebenen Sinne erzielt werden wird.“

Streikclimax der polnischen Landarbeiter

(Privattelegramm der „Roten Fahne“)
Warschau, 28. Januar 1921.
Der Gewerkschaftsverband der polnischen Landarbeiter hat den Beschluß gefaßt, am 5. Februar in den Streik zu treten, und keine der notwendigen landwirtschaftlichen Frühjahrsarbeiten vorzunehmen, wenn die Eigentümer nicht sämtliche Forderungen der Landarbeiter bis dahin erfüllen.

Steigende Arbeitslosigkeit in ganz Polen!

Warschau, 28. Januar 1921.
Zufolge Kohlen- und Rohstoffmangels durchläuft Polen eine sehr schwere wirtschaftliche Krise. In Loda haben alle Spinnereien und Webereien die Arbeit eingestellt. In Bielsko sind fast alle Zuckermöhlen geschlossen. Die Arbeitslosigkeit steigt stetig.

Weißer Terror der Japaner in Korea

38 Personen erschossen
Die Zeitung „Asiatic Globe“ (Newport) meldet aus Washington: Die koreanische Gefangenschaft hat eine Schrift veröffentlicht, in der sie die japanische Regierung anklagt, gegen die Bevölkerung Koreas die schrecklichsten Verbrechen begangen zu haben und systematisch einen weißen Terror auszuüben. In den letzten Tagen des Dezember haben die japanischen Behörden 38 Personen erschossen lassen, darunter 28 Frauen, letztere nur deshalb, weil sie nicht angeben konnten, wo ihre Männer und Söhne zu finden seien. Nach einem Zusammenstoß mit Koreanern in Dinsik Junji sind die ganze männliche Einwohnerzahl des Distrikts, nach der Angabe der koreanischen Gefangenschaft sind in einer einzigen Nacht 145 Leute getötet worden. Die Japaner haben auch alle Koreaner aus der südlichen Mandchurie vertrieben.

Das terrorisierte koreanische Volk erleidet von dem japanischen Imperialismus das gleiche blutige Schicksal wie das geknechtete Tailand vom britischen Imperialismus.

Britische Kriegspläne gegen Sowjetrußland

Washington, 28. Januar.
Hier eingetroffene sensationelle Berichte, sowohl privat als auch diplomatischer Natur, sprechen von Plänen der britischen Regierung für eine Eroberung Zentralasiens. Japanische diplomatische Kreise sind durch diese Berichte besonders beunruhigt, da sie eine Indikatoren gegenüber den britisch-japanischen Geheimverträgen über die Aufteilung Asiens darstellen. Der britische Kriegsminister, Winston Churchill, und Lord Milner sind als die Hauptinstanzen dieses Plans genannt. Im nächsten Frühjahr oder Sommer zu erwartenden Unruhen in Indien sollen der Vorwand geben für eine britische Militärexpedition nach den östlich des Kaspiischen Meeres gelegenen Teilen Rußlands. Die reichen russischen Ölquellen am Westufer des Kaspiischen Meeres sollen gleichzeitig von Persien und Mesopotamien aus erobert werden. Der wachsenden antimilitaristischen Gefühle in England wegen soll Australien das Hauptkontingent britischer

Truppen für diese asiatische Kampagne stellen. Von Neuseeland soll ein komplettes Armeekorps von 40000 Mann, mit den neuesten Hilfsmitteln versehen, am Kampfe teilnehmen. Geheimne Vorberitungen, um diese Armeekorps im geeigneten Moment schlagfertig zu haben, sind bereits im Gange. Neuseeländische Stabsoffiziere sind bereits in Indien, um sich mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu machen.

Um dem zu erwartenden Widerstand der neuseeländischen Bevölkerung zu begegnen, soll das während der Kriegszeit erlassene Aufrüstungsgebot, das eine absolute Militärpflicht zur Last zieht, noch erweitert werden, wenn der Krieg erklärt ist. Die Grundlage für die völlige Entwaffnung der Bevölkerung soll ein bereits vorbereitetes zweites Gebot geben.

Im Zusammenhang mit diesen Berichten wird Churchill als voranschreitender Despoten von Indien genannt, und die Verhinderung eines prominenten australischen Generals diskutiert, der in Frankreich kämpfte und bereits im Oktober 1920 gefaßt haben soll: „In 18 Monaten werden australische Truppen in Indien kämpfen.“

Ägypten gegen das englische Protektorat

(S.M.) London, 28. Januar.
Die ägyptische Delegation in Paris ist nach Kairo zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Empfangungskommission erklärte, daß die ägyptische nationaleistische Partei noch immer auf ihrem Standpunkt von 1918 stehe, nämlich Abschaffung des englischen Protektorats und Annahme der ägyptischen Verfassung durch Selbstverwaltung.

Der Protest Ostasiens gegen den japanischen Imperialismus

Moskau, 26. Januar.
Der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik des Fernen Ostens, Knasnodarski, wandte sich in einer Erklärung an die japanische Regierung. Die japanische Regierung habe trotz ihrer diesfälligen Erklärungen, sie verfolge in Ostasien keine territorialen Bestrebungen und werde ihre Truppen zurückziehen, ihren eine Besetzung von Lande einleitet, bis tief dieses Versprechen nicht erfüllt. Das russische Volk im Fernen Osten habe eine unabhängige Republik verlangt. Die Nationalversammlung in Wladivostok habe trotz der jenseitigen diesfälligen Erklärungen der japanischen Regierung und trotz der jenseitigen diesfälligen Erklärungen der japanischen Regierung die Republik des Fernen Ostens anerkannt. Auf dem ganzen Gebiet der Republik herrsche vollkommene Ordnung. Unter diesen Umständen erwachte die Regierung der Republik des Fernen Ostens ein weiteres Verweilen der japanischen Truppen auf russischem Gebiet für unangenehm und bestimme auf das Volwendigste die schnelle Rückziehung der Truppen. Gleichzeitig habe die Regierung der Republik des Fernen Ostens der japanischen Regierung vorgeschlagen, einen Vertrag über die wirtschaftlichen Beziehungen abzuschließen. Dessen ungeachtet, behalte die japanische Regierung ihre Truppen weiterhin in dem Gebiet der Republik des Fernen Ostens und unterbreite durch die bewiesene Macht jegliche selbständige Tätigkeit der russischen Bevölkerung.

Keine Wahlfucht!

Millionen von Proletariern sind heute von demokratischen Illusionen gründlich geheilt. Vorbei sind die schönen Zeiten, wo sie nur zur Urne wandern zu müssen glaubten, um die Herrschaft ihrer Klasse und den ersehnten breiten Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen. Das Volksparlament erzeugt in ihnen nicht mehr die Illusion eines Anteils an der Herrschaft im Staate, zu viele Enttäuschungen, zu viel blutige Radenschläge haben sie befehlet, darin ein Werkzeug der kapitalistischen Diktatur zu erkennen. Immer mehr nützt sich auf diese Weise das demokratische System als Kulisse der bürgerlichen Klassenherrschaft ab. Wie auf der einen Seite immer breitere Schichten des Bürgertums zur Anschauung kommen, die Demokratie habe ihren Dienst getan, und sei bei hoch an der Zeit, brutale und offeneren Methoden des Klassenterror anzunehmen, so beginnen immer zahlreichere Massen des Proletariats in der Revolution das einzige Heil zu erkennen.

Solche Erfahrungen und Enttäuschungen haben hunderttausende von Arbeitern demokratischen zu geführt. Aber bei zahlreichen haben sie anders gewirkt. Das schamliche Verhalten von Führern, welche die Arbeiterpartei emporgelassen hatte, erzeugte Mißtrauen gegen alle Führer. Der unerhörte Verrat großer Parteien, auf welche die Arbeiter unbedingt trauen zu können meinten, führte zur Abkehr von allen Parteien. Die Erfolglosigkeit des bisherigen Willens, das Versagen aller Parlamente erzeugte die Anschauung, das ganze Wählen sei ja doch nur ein Betrug und es lohne sich gar nicht, daran teilzunehmen. Die notwendige Auseinandersetzung zwischen den großen Richtungen innerhalb des Proletariats, der Druck seiner revolutionären Teile mit den Opportunisten und Schwächlingen, erschöpfen zahllosen Arbeiter als überflüssige und kleinliche Zäunerei an ihren die Führer. Woher Gel werden sich manche, und nicht immer die Schlechtesten, von diesem ganzen Treiben ab. Ebenso deutlich und charakteristisch, wie es für alle Wahlen in unserer Demokratie ist, daß in ihnen die Verschärfung der Klassengegensätze, das Abrücken der Wähler nach rechts und links in Erscheinung tritt, ebenso unerkennbar und bezeichnend ist ein vorübergehendes Anwachsen der Wahlenthaltung, insbesondere in proletarischen Kreisen, die sich in der letzten Zeit bis zu einer wahren Wahlfucht gesteigert hat.

Bei vielen, die nicht wählen gehen, kommt darin allerdings nur eine noch immer nicht gedrohung stumpfsinnige Gleichgültigkeit gegen jede politische Betätigung überhaupt zum Ausdruck, bei anderen die Tatsache, daß sie noch schwanken, den an ihnen von den Reformisten verübten Betrug wohl bereits durchschauen, aber sich doch noch nicht entschließen können, sich zur Revolution zu bekennen, welche die schwersten Opfer erfordern wird, bei manchen auch ein bloß gefühlsmäßiger Widerwille dagegen, sich durch die Masse der Zurückgebliebenen überstimmen zu lassen und immer wieder von neuem den ausichtslosen Versuch zu machen, der noch niemals zu einem erproblichen Erfolge führte. Aber nicht wenige verleiht bewußte, wenn auch irrtümliche Überzeugung, von der Wahl fern zu bleiben, an welcher teilzunehmen ihnen als ein Rückschritt in den parlamentarischen Kreismus erscheine.

Den Proletariern, die sich von solchen Stimmungen und Anschauungen beeinflussen lassen, muß immer wieder vor Augen geführt werden, daß das Parlament im demokratischen Staate keine so völlig gleichgültige Sache ist, als es den so oft und so bitter Enttäuschten zu sein scheint. Es ist nur wertlos und untauglich für die Befreiung des Proletariats, aber ein überaus gefährliches und brauchbares Werkzeug zu seiner Unterdrückung und zur Stärkung der wankenden Macht der Bourgeoisie, und zwar ein um so brauchbareres, je mehr sich die revolutionären Arbeiter von den Wahlen fernhalten. Der Wert des Parlaments für die Bourgeoisie beruht nicht zuletzt darauf, daß es einen Volkswillen zu repräsentieren scheint, während in Wahrheit die Kapitalistenklasse durch ihre tausendfachen Machtmittel die Massen der Wähler für offene Vertreter und verkappte Helfershelfer ihrer Herrschaft zur Urne bringt. Das wird natürlich um so besser erreicht, je mehr sich die Arbeiter, denen es gelungen ist, sich von solchen Einschlüssen zu befreien, von der Wahl fernhalten. Das Parlament ermöglicht den gegenrevolutionären Parteien, bei den Beratungen und Abstimmungen mit verteilten Rollen Komödien der Volks- und Arbeiterfreundlichkeit aufzuführen, auf welche noch immer große Massen des Volkes